



GEMEINDE BINNINGEN

Protokoll des Einwohnerrats

X. Legislaturperiode

21. Sitzung vom 31. Januar 2011

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.30 – 22.00 Uhr

Leitung: Alex Achermann

Anwesend: 38 Mitglieder

Abwesend: Gaida Löhr , Gerhard Metz

Präsident:

Protokoll:

Alex Achermann

Sandra Sprecher

Alex Achermann begrüsst zunächst die beiden neuen Ratsmitglieder, Susanne Tribolet (SP, Nachfolgerin von Urs Kunz) und Urs Brunner (SVP, Nachfolger Jacqueline Wunderer) und wünscht ihnen alles Gute für ihre Amtstätigkeit. Weiter heisst er Sandra Sprecher als neue Sekretärin des Einwohnerrats willkommen und wünscht auch ihr alles Gute für ihre Arbeit.

Mitteilungen des Präsidenten

Am 16. Januar hat die Binninger Bevölkerung mit 3'354 Ja- zu 579 Nein-Stimmen bei 29 Enthaltungen und einer Stimmbeteiligung von 40% dem Bau des Alters- und Pflegeheims Schlossacker deutlich zugestimmt. Damit ist ein grosses Geschäft erfolgreich abgeschlossen.

Der Projektierungskredit von 315'000.– für den Bau eines gemeinsamen Werkhofgebäudes mit Bottmingen wäre mit 2005 Ja (51%), 1856 Nein (48,1%) und 51 Enthaltungen auch angenommen worden. Gegen die Abstimmungsvorbereitungen wurden Abstimmungsbeschwerden eingereicht. Die festgestellten Mängel in der Abstimmungsvorbereitung in Verbindung mit dem relativ knappen Resultat haben dazu geführt, dass der Regierungsrat eine Wiederholung dieser Abstimmung angeordnet hat. Wie man der Homepage der Gemeinde entnehmen kann, hat der Gemeinderat das Datum bereits festgesetzt: 27. März 2011.

Entschuldigungen:

Für die heutige Sitzung haben sich Gerhard Metz (Ferien), Gaida Löhr (Fussverletzung) und Gemeinderätin Nicole Schwarz (Krankheitsfall in der Familie), abgemeldet.

Neu eingereichte Vorstösse:

- Anfrage Grüne/EVP zur Abstimmung über den Planungskredit für den gemeinsamen Werkhof Bottmingen-Binningen vom 15./16. Januar 2011, Gesch. Nr. 138
- Anfrage U.-P. Moos zur Behördenpropaganda im Binninger Anzeiger, Gesch. Nr. 139
- Anfrage U.-P. Moos zum Telebasel-Interview des Gemeindepräsidenten, Gesch. Nr. 140
- Motion U.-P. Moos: Für ein beidseitiges Fahrverbot an der oberen Benkenstrasse, Gesch. Nr. 141

Urs Moos erläutert zur eingereichten Motion, dass bei einem Augenschein vor Ort an einem Freitagabend festgestellt wurde, dass das bestehende Fahrverbot in beide Fahrrichtungen konsequent missachtet wird.

Die Anfragen werden am Schluss der Sitzung beantwortet.

Bevor zur Traktandenliste übergegangen wird, teilt der Präsident mit, dass die SVP-Fraktion beantragt hat, die Wahl eines stellvertretenden Mitglieds der GRPK als Ersatz von J. Wunderer, ebenfalls zu traktandieren.

Traktandenliste:	Gesch. Nr.
Genehmigung des Protokolls vom 13.12.2010	
1. Antrag des Gemeinderats vom 17.8.2010: Ersatzwahl des Präsidiums der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2012	115A
2. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 23.11.2010: Legislaturprogramm 2008 – 2012, Umsetzungsbericht zur Halbzeit <i>Geschäftskreisführung: Charles Simon</i>	131
3. Motion FDP vom 15.10.2010: Kein Durchgangsverkehr auf der Benkenstrasse <i>Geschäftskreisführung: Charles Simon</i>	129
4. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 7.12.2010: Teilrevision Personalreglement <i>Geschäftskreisführung: Charles Simon</i>	132
5. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 14.12.2010: Teilzonenplan mit Teilzonenreglement Kirschbaumacker <i>Geschäftskreisführung: Agathe Schuler</i>	136
6. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 11.01.2011 Gemeindeinitiative „Änderung Finanzausgleich“ <i>Geschäftskreisführung: Mike Keller</i>	137
7. Bericht / Antrag der BPK vom 13.01.2011 Neubau Garderobengebäude Sportanlage Spiegelfeld <i>Geschäftskreisführung: Bruno Gehrig</i>	120
8. Diverses	

Das Protokoll der Sitzung vom 13. Dezember 2010 wird genehmigt und verdankt.

Traktandum 1

Gesch. Nr. 115A

Antrag des Gemeinderats vom 17.8.2010:

Ersatzwahl des Präsidiums der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2012

://: Vreni Dubi, SP, wird in Stiller Wahl gewählt.

1.a: Wahl eines stellvertretenden Mitglieds der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2012

://: Für die restliche Amtsperiode wird Urs Brunner, SVP, als Ersatzmitglied der GRPK in Stiller Wahl gewählt.

Traktandum 2

Gesch. Nr. 131

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 23.11.2010:

Legislativprogramm 2008 – 2012, Umsetzungsbericht zur Halbzeit

Eintreten:

FDP: Sven Inäbnit bedankt sich für den Bericht und nimmt die Gelegenheit wahr, dem Gemeinderat politische Schwerpunkte aus Fraktionssicht darzustellen. Er nimmt nach Themen geordnet Stellung: Schule: Dass die vier Schulstandorte durch die Abstimmung legitimiert sind, sei eine gewagte Hypothese. Die Basisstufe wird wegfallen und es ist die Frage, wie es mit den Kindergärten weitergehen soll. Für die FDP ist ein sicherer Schulweg das Wichtigste. Varianten wie die Verlegung des Kindergartens Bruderholz auf die andere Strassenseite, sind undenkbar.

Die Tagesstrukturen sollen nicht nur bedarfsgerecht sein sondern auch der finanzpolitischen Realität standhalten. Dieser Aspekt soll im Auge behalten werden.

Die Fraktion ist auch dafür, dass auf die Heterogenität der Klassen geachtet wird, sie empfindet aber die Formulierung als zu sehr auf die Schüler mit Benachteiligungen gemünzt. Das Binninger Angebot für die Begabten sei eher dürftig.

Energie: Die Möglichkeit, sich eventuell dem baselstädtischen Fernwärmenetz anzuschliessen, um den Anteil der erneuerbaren Energie (WBA) zu erhöhen, wird als grosse Chance gesehen. Es wäre eine nachhaltige Lösung für die Gemeinde und die Region und deshalb zu favorisieren.

Standortmarketing: Die Bilanz ist mager. Die Studie, die erst 2010 in Auftrag gegeben wurde, ist nicht sehr systematisch. Das Umfeld wurde nicht miteinbezogen und es ist kein Fokus für ein nachhaltiges Standortmarketing erkennbar. In dieser Hinsicht werden endlich konkrete Vorschläge und Massnahmen erwartet. Es geht darum, kontinuierliches Standortmarketing zu betreiben und sich nicht mit einem schönen Dorfplatz zufrieden zu geben.

Verkehr: Es wird gewünscht, dass das mit grosser Mehrheit angenommene Postulat gegen einen Ortsbus respektiert und dieses Projekt nicht weiterverfolgt wird.

Des Weiteren wird der Gemeinderat darauf aufmerksam gemacht, dass Entscheide, die einst vorausschauend getroffen wurden, durchaus revidiert werden können. Es geht konkret um den Kreisel Neubadrain/Allschwilerweg. Dieser ist verkehrstechnisch unnützlich, zu aufwändig, zu teuer, schlicht überflüssig. Dort könnte man ohne Weiteres auf Etwas verzichten, das die Gemeinde sehr viel kosten wird ohne dass es wirklich Nutzen bringt.

Fazit Legislaturprogramm: Der Gemeinderat hat die Chance, Verbesserungen vorzunehmen und die FDP hofft, dass er die Kritikpunkte aufnimmt und in Zukunft Schwerpunkte gesetzt werden zum Wohl von Binningens Entwicklung.

Anand Jagtap: Die Grüne/EVP begrüsst das Bekenntnis des Gemeinderates zu nachhaltigem Handeln. Sie befürchtet aber, dass für die Einschätzung von Nachhaltigkeit teure, externe Berater beauftragt werden, die sehr viel Aufwand betreiben und doch nicht viel Wirkung erreichen. Es wird für eine massvolle Umsetzung plädiert.

Die Fraktion hat den Eindruck, dass der Gemeinderat wenig Konzeptarbeit leistet. Konzepte werden oft erst dann gemacht, wenn Projekte, die aus der Konzeptarbeit hervorgehen sollten, bereits in Umsetzung sind (Beispiele: Alterskonzept/Optimierung Energiebilanz). In Zukunft soll auf die logische Abfolge geachtet werden, damit der Gemeinderat strategisch arbeiten und seine Entscheide auf eine gefestigte Basis stellen kann.

Es wird anerkannt, dass der Gemeinderat in den letzten Monaten in Sachen Kommunikation aktiver geworden ist. Leider handelt es sich dabei mehrheitlich um Information, also Einweg-Kommunikation. Der Gemeinderat wird darum gebeten, sich künftig vermehrt um Interaktivität in der Kommunikation zu kümmern.

Beim Thema Standortmarketing sind die Grünen/EVP der Meinung, dass Binningen eine attraktive Gemeinde ist, die nicht nur den tiefen Steuerfuss zu bieten hat, um sich zu vermarkten. Sie warnen davor, dass vor allem auf dieses Argument Gewicht gelegt wird. Es müssen Schwerpunkte gesetzt werden, damit Wirkung erreicht wird, denn low-budget-Aktionen bringen nicht viel.

Der im Legislaturprogramm aufgezeigte Zeitplan, was die Schaffung von zusätzlichem Schulraum für die Umsetzung von HARMOS betrifft, beunruhigt die Fraktion. Der Zeitplan zeigt nicht, dass das Ganze im Sommer 2015 in Betrieb sein wird.

Was die Buslinie Ost-West betrifft, hätte sich die Fraktion gewünscht, dass der Gemeinderat von Anfang an darüber informiert, dass er dieses Projekt finanziell nicht unterstützt. Die Teilnehmer der betreffenden Arbeitsgruppe hätten sich dann die diversen Sitzungen ersparen können.

CVP: Kathrin Bartels zeigt anhand von Einträgen bei *google* zu den Stichworten „Legislaturprogramm“ und „Legislaturprogramm + Bericht“ auf, dass Binningen mit dem Halbzeitbericht auf einem sehr hohen Level ist. Das ist der richtige Einsatz von Planungsinstrumenten. Der Bericht wird dem Gemeinderat und der Verwaltung verdankt.

Die Fraktion ist erfreut, dass sich die Gemeinde bei den vier festgesetzten Arbeitsschwerpunkten auf Kurs befindet, soweit es in ihren Händen liegt. Bei den Produktgruppen ist der Stand der Umsetzung der Massnahmen soweit fortgeschritten, dass das Erreichen der Ziele auf Ende der Legislatur erwartet werden darf. Im Bereich erneuerbare Energie kann das Ziel nicht aus eigener Kraft erreicht werden, doch zeigt dieser Einzelfall auf, dass sich die Gemeinde ehrgeizige Ziele gesetzt hat und es wird allen Beteiligten hoch anzurechnen sein, wenn sie dereinst realisiert werden.

Zum Votum der FDP, was den finanziellen Aspekt der bedarfsgerechten Umsetzung der Tagesstrukturen betrifft, macht Frau Bartels darauf aufmerksam, dass bedarfsgerechte Planung immer die Finanzierbarkeit beinhaltet. Dabei spielt es keine Rolle, ob die Mittel aus öffentlicher oder privater Hand kommen.

Die Kritik an der Begabtenförderung wird zurückgewiesen mit dem Hinweis auf das sehr umfangreiche Angebot an Freifächern und Kursen an der Musikschule.

Die CVP nimmt den Bericht vorbehaltlos zur Kenntnis.

SVP: Fredy Geber: Die SVP-Fraktion nimmt den Bericht skeptisch zur Kenntnis. Sie befürchtet, dass das angekündigte Ziel, ein hochwertiges Dienstleistungsangebot bei gleichzeitig tiefem Steuerfuss anzubieten, nicht realisierbar ist und der Gemeinderat eventuell eine Erhöhung des Steuerfusses ins Auge fassen könnte.

Im Bereich Verkehr und Strasse beunruhigt das Konzept Langsamverkehr. Die Achse Paradiesstrasse/Neubadrain ist bereits sehr beruhigt und weitere Massnahmen sind übertrieben.

Die CHF 20'000.– Fördergeld, die den Binningern als Anreiz zur Förderung der Energiesparmassnahmen zur Verfügung gestellt werden, sind bescheiden. Dies vor allem in Anbetracht der hohen Kulturbeiträge, die jährlich an die Stadt bezahlt werden.

SP: Vreni Dubi: Der Bericht wird zur Kenntnis genommen. Man ist erfreut, wieviel von diesem anspruchsvollen Programm bereits umgesetzt wurde und erst noch funktioniert.

Es wird kurz zu den diversen Einwänden Stellung genommen: Frau Dubi weist auf das Förderprogramm „Schlaue Füchse“ für Hochbegabte, die Förderung der Sportklassen und andere Angebote hin. Es ist keineswegs so, dass nur die schwächeren Schülerinnen und Schüler gefördert werden.

Für die Platzierung der Kindergärten in Nähe der Schulhäuser spricht, dass es nicht verantwortbar ist, wenn Kindergärtnerinnen mit ihren grossen Klassen irgendwo abseits einquartiert sind. Der Verkehr ist zu gefährlich und im Fall eines Notfalls können die Kinder nicht alleine gelassen oder einfach nach Hause geschickt werden, wenn die Kindergärtnerin weg müsste. Man ist der Ansicht, dass ein gefährlicherer Schulweg mit gezielten Massnahmen in den Griff zu bekommen ist.

FDP: Markus A. Ziegler weist zuerst darauf hin, dass er in seinem, nicht im Namen der Fraktion, spricht. Bis jetzt hörte man vor allem Lob für die Leistungen des Gemeinderats in der ersten Hälfte der Legislatur. In Anbetracht der jüngsten Ereignisse hätte sein Bericht den Titel: „Pleiten, Pech und Pannen“. In einem Zwischenbericht müssten auch diese Vorkommnisse berücksichtigt werden. Der Gemeinderat hat bis zu den nächsten Wahlen noch zwei Jahre Zeit, das Eine oder Andere zu korrigieren, damit am Ende der Legislatur die Quintessenz seines Wirkens nicht wieder nur aus vier Wörtern besteht.

Gemeindepräsident Charles Simon: Der Gemeindepräsident bedankt sich für die grösstenteils positive Aufnahme des Berichts. Er dankt auch für die kritischen Worte und räumt ein, dass Fehler passiert sind. Es würde zu weit führen, auf die einzelnen Kritikpunkten einzugehen. Zu gegebener Zeit wird mit Mitgliedern des Einwohnerrats gesprochen oder im Binninger Anzeiger etwas zu den angesprochenen Themen publiziert.

Traktandum 3

Gesch. Nr. 129

Motion FDP vom 15.10.2010

Kein Durchgangsverkehr auf der Benkenstrasse

Alex Achermann: Der Gemeinderat ist bereit, die Motion als Postulat entgegenzunehmen, was eine Änderung des Vorstosses bedeutet und das Einverständnis der Motionäre bedingt.

Eintreten:

FDP: Willy Müller: Als Fraktion, die den Vorstoss eingereicht hat, ist man erfreut, dass der Gemeinderat auf das Geschäft eingeht. Für die FDP, wie auch für den Gemeinderat ist klar, dass die Hohe Strasse geschlossen bleibt. In der Motion geht es jedoch um etwas ganz Anderes: Die Öffnung der Hafenrainstrasse an der Grenze zu Oberwil soll verhindert werden. Nach der Einführung von Tempo 30 haben Oberwil, Bottmingen und Binningen beschlossen, die Hafenrainstrasse zu öffnen und die beiden Fahrverbote an der Benkenstrasse bis zum Nussbaumweg aufzuheben. Die Hohe Strasse aber soll geschlossen bleiben. Die beiden Massnahmen gelten als Versuch während 24 Monaten. Vor rund einem Jahr hat Bottmingen zum Rückzug geblasen und entschieden, dass die Hafenrainstrasse geschlossen bleibt. Das Anliegen der Bottminger, die keinen Mehrverkehr von Oberwil her wollen, wird respektiert. Binningen jedoch nimmt den Mehrverkehr aus Oberwil und Bottmingen, sowie den Berufsverkehr in Kauf. Eine Öffnung der Hafenrainstrasse ergibt eine dritte Verkehrsachse. Trotz Tempo 30 ist die so geschaffene Route eine schnelle Verbindung in Richtung Chemie/Flugplatz, weil weder Rotlichter noch Stoppstrassen vorhanden sind.

Die Motion verlangt vom Gemeinderat, sich erstens gegen die Öffnung der Hafenrainstrasse einzusetzen, sowie zweitens ein Konzept zu erarbeiten, das die dritte Achse verhindert (konkret: Schliessung von Fuchshagweg und Nussbaumweg). Drittens soll dieses Konzept zur Anwendung kommen, wenn Bottmingen und Oberwil die Hafenrainstrasse öffnen, was Binningen nicht beeinflussen kann. Die Motionäre halten an der Motion fest und sind gerne bereit, bei Unklarheiten die Situation an Ort und Stelle mit den Verantwortlichen der Gemeinde zu begutachten.

SP: Albi Braun: Der SP-Fraktion erscheint weder die FDP-Motion noch die Haltung des Gemeinderates einleuchtend. Sie hat keine einheitliche Haltung zu diesem Thema. Es ist ihr aber wichtig, darauf hinzuweisen, dass alle grosse Vorbehalte gegenüber einer Lockerung des jetzigen Verkehrsregimes haben. Die Schaffung der Tempo-30-Zonen in diesen drei Wohngebieten wird begrüsst, doch erscheint es ihr etwas blauäugig, diese als Riegel zu bezeichnen. Es wird festgehalten, dass alle drei Gebiete für den Langsamverkehr ohne Einschränkung offen stehen. Die Aufhebung der Beschränkungen zwischen Binningen und Bottmingen sind nicht im Interesse der Binner Bevölkerung. Dies würde zu Mehrfahrten durch die Benkenstrasse führen und dem Prinzip, dass der Quartierverkehr möglichst direkt zur Kantonsachse gelangen soll, widersprechen. Da der Bottminger Gemeinderat bereits beschlossen hat, dass die Verbindung zwischen Oberwil und Bottmingen geschlossen bleiben soll, rennt die FDP-Motion offene Türen ein. Deshalb erübrigt sich auch die Forderung nach einem Konzept zur Unterbindung des motorisierten Verkehrs zwischen Bertschenacker Bottmingen und der Binner Benkenstrasse. Es besteht heute schon ein Fahrverbot Richtung Bottmingen, doch die Kontrollen müssten verstärkt werden. Um den bestehenden Schleichverkehr auf der Höhenstrasse zu unterbinden wären Barrieren, die der Bus steuern kann, eine gute Lösung. Die SP-Fraktion fragt sich, warum der Gemeinderat diese Motion als Postulat entgegennehmen will, da sie ja etwas anderes bezweckt, als der Gemeinderat möchte.

SVP: Urs Weber: Die SVP-Fraktion hält an der Motion fest. Sie will keine Öffnungen, die mehr Verkehr generieren, ansonsten aber nichts bringen, ausser mögliche verkehrsberuhigende Massnahmen, die teuer sind.

Grüne/EVP: Peter Buess erzählt, dass während seiner Gymnasialzeit die Hohe Strasse mit Tempo 80 befahren werden durfte und erst der Tod einer Schülerin bewirkte, dass die Strasse gesperrt wurde. Die Hohe Strasse grenzt an ein Naherholungsgebiet und es gibt keine Notwendigkeit, das Gebiet für den schnellen, motorisierten Verkehr wieder zu öffnen.

FDP: Markus A. Ziegler: möchte ein paar Befürchtungen zerstreuen, was das Einrennen von offenen Türen betrifft. Die Motionäre wissen, dass der Bottminger Gemeinderat auf Druck der Bevölkerung entschieden hat, die Strasse nicht zu öffnen. Es geht darum, einen Plan zu haben, für den Fall, dass Bottmingen doch öffnet. Da ein Postulat unverbindlich ist, wird an der Motion festgehalten. Da Binningen Bottmingens Entscheidung für oder gegen eine Öffnung nicht beeinflussen kann, soll der Gemeinderat den Bottmingern proaktiv signalisieren, dass eine Öffnung Konsequenzen nach sich zieht, beispielsweise die Platzierung von Blumentrögen an den betroffenen Strassen.

ER-Präsident Alex Achermann fragt den Gemeinderat, ob er den Vorstoss auch als Motion entgegennimmt und übergibt das Wort an

Gemeindepräsident Charles Simon: Anscheinend hat der Gemeinderat die Motion trotz Rückfragen missverstanden. Mit einer Eventualplanung kann er sich einverstanden erklären. Dass die Hohe Strasse auf Oberwiler Seite und die Hafensrainstrasse zwischen Oberwil und Bottmingen geschlossen bleibt, ist klar manifestiert. Der Gemeinderat möchte nur die „komischen“ einseitigen Fahrverbote zugunsten des „kleinen Grenzverkehrs“ aufheben. Er befürchtet nicht, dass der Verkehr (heute 800–1000 Fahrzeuge täglich) deswegen massiv ansteigen wird. Um das aufzuzeigen, schlägt er die zweijährige Versuchsphase vor. Weiter weist Charles Simon darauf hin, dass, seitdem das Konzept im Jahr 2000 vorgeschlagen wurde, einiges gemacht wurde. Einerseits hat man in den drei Gebieten Tempo 30 eingeführt und andererseits fliesst der Verkehr auf der unteren Hauptstrasse (auf Binner Seite die Oberwilerstrasse) – nicht zuletzt dank den Kreiseln am Kronenplatz und in Oberwil – viel flüssiger. Das Bedürfnis nach Schleichverkehr hat abgenommen, wie die Polizei festgestellt hat. Zu guter Letzt bemerkt der Gemeindepräsident noch, dass die Anwohner der betroffenen Gebiete vermehrt die Buslinie 61 benutzen.

Mit 35 Ja, bei 3 Enthaltungen, wird beschlossen:

://: Die Motion „Kein Durchgangsverkehr auf der Benkenstrasse“ wird an den Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 4

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 7.12.2010:

Teilrevision Personalreglement

Geschäft Nr. 132

Der Gemeinderat beantragt, die Paragraphen 35 und 36 des Personalreglements zu ändern und die Änderung rückwirkend auf 1.1.2011 in Kraft zu setzen.

Eintreten:

SVP: Susanna Keller: Bis zum Inkrafttreten des neuen Bundesgesetzes über die Familienzulagen im Januar 2009 waren für das Kinder- bzw. Ausbildungsgeld mehrere Anspruchspartner möglich. Es konnte frei gewählt werden, welches Familienmitglied die Familienzulage und somit die Erziehungszulage erhält. Mit der neuen, strikten Regelung kann nur noch eine Erziehungszulage bei der Gemeinde beziehen, wenn gleichzeitig gegenüber der Gemeinde der Anspruch auf eine Familienzulage besteht. Da daraus eine Ungleichbehandlung der Mitarbeitenden entsteht, hat der Landrat am 25.10.2010 die Revision von § 29 des Personaldekrets beschlossen. Neu können Arbeitnehmende des Kantons Baselland, die unterhaltspflichtige Kinder haben, jedoch keine Familienzulage erhalten, die Erziehungszulage beanspruchen. Es muss nachgewiesen werden, dass die gleiche Zulage nicht schon von einem anderen Arbeitgeber an den Haushalt bezahlt wird.

Im Jahr 2011 beträgt das Kindergeld pro Kind und Monat CHF 200.–, die Ausbildungszulage pro Kind und Monat CHF 250.– und die Erziehungszulage pro Haushalt und Monat CHF 420.– (bei einer Vollzeitstellung und einem Lohn von CHF 5'800.– monatlich).

Den Mitarbeiter/-innen der Gemeinde Binningen soll nun die Erziehungszulage analog der kantonalen Regelung gewährt werden. Die SVP stimmt der Änderung des Personalreglements zu.

Grüne/EVP: Beatrice Büschlen: Die Fraktion stimmt den beiden Anträgen zu. Sie lobt die verständliche Sprache in der Vorlage und dass im Sinne der Transparenz auf eventuelle Auswirkungen aufmerksam gemacht wird. Der Gemeinderat wird gefragt, wie hoch der Aufwand der Verwaltung ist, die Anspruchsberechtigung für die Erziehungszulage zu prüfen; vor allem, wenn ein anderer Arbeitgeber eine äquivalente Zulage gewährt.

FDP: Daniel Zimmermann: Die FDP findet die Anpassung des kommunalen Personalreglements logisch. Die Austextung ist modern und gut lesbar und es freut sie besonders, dass die Ausrichtung dieser Sozialzulage keine finanzielle Mehrbelastung bedeutet. Die Fraktion stimmt der Teilrevision des Personalreglements zu.

SP: Simone Abt: Ohne weiteren Kommentar stimmt auch die SP-Fraktion zu.

Der *Gemeindepräsident Charles Simon* meint zur Frage von Beatrice Büschlen über den Aufwand der Verwaltung, diesen könne er jetzt nicht in Franken ausdrücken. Die Daten werden einmal jährlich überprüft und die Leute müssen die Unterlagen beibringen. Der Aufwand sei nicht bedeutend.

Detailberatung:

Es gibt weder Wortmeldungen zu § 35, noch § 36, noch zum rückwirkenden Inkrafttreten. Es wird auch kein Rückkommen beantragt.

Abstimmung:

38 Ja-Stimmen, 0 Nein, 0 Enthaltungen

://: Die Teilrevision des Personalreglements wird angenommen.

Traktandum 5

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 14.12.2010:

Teilzonenplan mit Teilzonenreglement Kirschbaumacker

Geschäft Nr. 136

Eintreten:

FDP: Roger Moll: Der Quartierplan, über den zu befinden ist, ist 27 Jahre alt. In einer so langen Zeit entstehen raumplanerisch und benutzertechnisch neue Ansprüche. Das bestehende Gebiet wurde damals architektonisch sehr gut konzipiert. Die Gebäude fügen sich harmonisch in die Umgebung mit Kinderspielplätzen und Verbindungsweg ein. Es stellt sich also die Frage: Warum ein Teilzonenplan? Eine Änderung, bzw. Anpassung eines bestehenden Quartierplans braucht eine 2/3 – Mehrheit aller beteiligten Grundeigentümer. Wegen der unterschiedlichen Interessen ist das praktisch unmöglich zu bewerkstelligen. Ein Teilzonenplan lässt mit Beteiligten und neuen Bauherren eine Planung zu, die sich den bestehenden Strukturen anpasst. Das bedeutet, dass Wintergärten und Velounterstände in den jetzt bestehenden Quartierplanbauten möglich sind. Der bestehende Quartierplan ist der strengste der Gemeinde Binningen, der so kleine Anbauten wie Wintergärten und Velounterstände nicht erlaubt. Mit dem Teilzonenplan gibt es Gewähr, dass die bestehende Baustruktur erhalten bleibt. Es kann auch auf optimale Nutzung und die ökologischen Umstände eingegangen werden. Trotzdem gibt es kritische Bemerkungen anzubringen: Gegen die Ortsplanung wurde das Referendum ergriffen und die Abstimmung hat noch nicht stattgefunden. Die FDP findet es nicht klug vom Gemeinderat, dass er die Vorlage 136 dem Einwohnerrat vorlegt, bevor über die neue Ortsplanung abgestimmt wurde. Der Redner weiss, dass die Ortsplanung nichts mit dem Quartierplan zu tun hat, weil alle bestehenden Quartierpläne von der neuen Ortsplanung ausgeschlossen sind. Trotzdem hat er noch drei offene Fragen:

Erstens: Die Harmonisierung der Planung in Zusammenhang mit dem eidgenössischen Konkordat für Raumplanung.

Zweitens: Die weitere Abklärung bezüglich der Verwendung der neuen Begriffe *Nutzungsziffer* und *Geschossflächenziffer*. Entsprechen sie den jetzigen rechtlichen Grundlagen? Dürfen sie bereits benützt werden?

Drittens: Die genaue bauliche Definition zu der bestehenden bebauten Parzelle, die an die noch zu bebauende Parzelle angrenzt.

Aufgrund dieser Unklarheiten beantragt die FDP-Fraktion eine Überweisung des Geschäfts an die Bau- und Planungskommission. Es wird daran erinnert, dass im ähnlichen Fall (neues AHV-Gebäude) das Geschäft ebenfalls in einer Runde an die BPK überwiesen wurde, was auch Sinn macht.

SP: Severin Brenneisen teilt mit, dass die SP den Antrag des Gemeinderats unterstützt. Die Anliegen der Grundeigentümer werden berücksichtigt. Die unter Punkt 2.2 genannten Grundsätze, auf weniger Landfläche mehr Wohnraum zu realisieren, um damit zusammenhängende Grünflächen zu erhalten, werden begrüsst. Man ist überzeugt, dass mit dem Teilzonenplan die hohe Lebensqualität des Quartiers erhalten werden kann.

SVP: Roy Ewald: Die Fraktion stimmt dem Teilzonenplan mit Teilzonenreglement Kirschbaumacker grundsätzlich zu. Sie sieht weder rechtliche, sachliche noch fachliche Einwände. Eine Überweisung an die BPK bringt ihrer Ansicht nach keine Vorteile.

Grüne/EVP: Rahel Bänziger erklärt, dass ihre Fraktion den Wunsch der FDP nach einer Überweisung des Geschäfts an die BPK versteht. Am Anfang war sie derselben Ansicht. Die Vorlage der komplexen Sachlage ist sehr gut ausgearbeitet. Der Zeitpunkt für das Einbringen des Antrags vor der Abstimmung zur Ortsplanung ist sicher nicht optimal, weshalb die Bedenken der FDP nachvollziehbar sind. Wenn sich ein Referendum der FDP mit einer Runde BPK verhindern lässt, stellt sich die Grüne/EVP nicht gegen die Überweisung, damit das die Angelegenheit schnell abgewickelt werden kann. Trotzdem möchte sie das Geschäft direkt bewilligen. Man hat sich vertieft mit der Situation im betreffenden Gebiet auseinandergesetzt und festgestellt, dass die beabsichtigten Teilzonenpläne im Vergleich mit den umliegenden Quartieren massiv sind. In der Mehrfamilienhauszone W2B darf sogar weniger dicht bebaut werden als ausserhalb der geplanten Teilzone. Da auf dem Gebiet bereits Mehrfamilienhäuser stehen, werden sich Neubauten in die Umgebung einfügen, ohne dass eine immense Dichte wie z.B. im Neusatz-Quartier erreicht wird.

Zur Vorlage wird noch angemerkt, dass der Vergleich „Vorher-Nachher“ mit einer Zusammenfassung erleichtert worden wäre. Und zum Schluss fragt die Sprecherin, wer denn die Zonenplanänderung bezahlt. Die Gemeinde oder der Bauherr, der möglichst noch vor der Abstimmung zur Ortsplanungsrevision mit dem Bau beginnen möchte. War überhaupt der Zeitfaktor für die Forderung nach Veränderung massgebend oder war es der Wunsch der Einfamilienhausbesitzer, die gerne einen Wintergarten möchten?

Abschliessend wird nochmals betont, dass die Grüne/EVP der Vorlage zustimmt.

FDP: Markus A. Ziegler legt dar, dass das Geschäft von ihnen nicht bestritten wird. Für sie ist das Problem einmal mehr die fehlende politische Sensibilität des Gemeinderates. Obwohl die Ortsplanungsrevision ein unabhängiges Geschäft ist, sind die beiden Themen de facto miteinander verhängt. Markus Ziegler weist auf einen Anknüpfungspunkt, die Zone W2A, hin, die massiv abgezont werden soll. Der Gemeinderat übernimmt sogar auf Seite 3 der Vorlage die Argumente des Referendumskomitees, indem er sagt, eine Reduktion auf 45% auf den kleinen Parzellen führe dazu, dass gar nicht mehr richtig gebaut werden könne. Genau das reklamiert die FDP auch für die anderen. Deshalb findet sie es politisch sehr schlecht, dass dieser Antrag zum jetzigen Zeitpunkt in den Einwohnerrat gebracht wird. Aus diesem Grund – und weil es noch ein paar rechtliche Fragen zu klären gibt (z.B. Verweis auf Ziffern) – soll das Geschäft an die BPK überwiesen werden. Es gibt der BPK auch die Möglichkeit, die Angelegenheit im Licht der Volksabstimmung zu beurteilen, nicht vorher. Da es ein gutes Geschäft ist, will es die FDP nicht einfach ablehnen.

Gemeinderätin Agathe Schuler: Wie alle wissen, hat dieses Geschäft eine lange Geschichte. Da anzunehmen ist, dass es an eine Kommission überwiesen wird, hat es der Gemeinderat zum jetzigen Zeitpunkt traktandiert. So soll nicht noch mehr Zeit verloren gehen. Frau Schuler beginnt, auf die diversen Fragen zum Geschäft einzugehen, wird dann aber mit dem Hinweis, dass keine Detailberatung stattfindet, unterbrochen.

SVP: U.-P. Moos: Obwohl die SVP keine Notwendigkeit sieht, dass Geschäft zu überweisen, ist sie bereit, die FDP zu unterstützen. Sie ist gespannt auf den Bericht der GPK.

FDP: Roger Moll will nur kurz bemerken, dass vor der Abstimmung über die Überweisung eines Geschäfts an eine Kommission, keine Fragen beantwortet werden sollen.

://: Der Antrag des Gemeinderats Teilzonenplan mit Teilzonenreglement Kirschbaumacker wird an die Bau- und Planungskommission überwiesen.

Traktandum 6:

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 11.01.2011
Gemeindeinitiative „Änderung Finanzausgleich“

Geschäft Nr. 137

Eintreten:

FDP: Stefan Kaiser: Die FDP ist befriedigt und erfreut über die Absicht des Gemeinderats, etwas für die Binninger Steuerzahler zu tun und erwähnt, dass Binningen mehr bezahlt, als der ganze Bezirk Sissach. Mit dem Durchwinken des roten Budgets im Dezember 2010 hat auch der Einwohnerrat ein Zeichen gesetzt. Nun gilt es, dem Gemeinderat in seinen Bestrebungen den Rücken zu stärken. Die zweigleisige Strategie mit der Beschwerde gegen die Verfügung und der gleichzeitigen Lancierung der Gemeindeinitiative, erachtet die FDP als zweckmässig. Die Einführung eines Kontrollmechanismus' anhand einer Abschöpfungsgrenze ist in ihren Augen sinnvoll. Auch die Streichung von Quersubventionierungen, die Gelder verteilen, wo gar keine benötigt werden, macht Sinn. Die Gemeindeinitiative wird unterstützt. Man hofft, dass nicht nur der Regierungsrat, sondern später auch der Landrat dafür besorgt sein wird, dass die Steuergerechtigkeit unter den Baselbieter Gemeinden endlich wieder ins Lot kommt.

SVP: Christoph Anliker weist darauf hin, dass der Finanzausgleich auch im Landrat in den letzten Sitzungen ein Thema war. Die SVP erachtet den Finanzausgleich als sinnvolles Instrument, weil auch sie für Solidarität einsteht. Doch die Kritik am Finanzausgleich ist berechtigt. Es kann nicht sein, dass die reichen Gemeinden die Steuersenkungen der Nehmergemeinden finanzieren müssen. Wie zuvor die FDP, findet es auch die SVP erfreulich, dass Binningen die Federführung für die Änderung des Finanzausgleichs übernommen hat und sie unterstützt den Gemeinderat in seinen Bestrebungen.

SP: Patricia Kaiser dankt dem Gemeinderat dafür, dass er als zweite Schiene zusätzlich die Initiative ergriffen hat. Alles andere ist bereits gesagt.

Grüne/EVP: Anand Jagtap: Die 4.2 Millionen jährlichen Mehrausgaben, die Binningen in den Finanzausgleich zahlen muss, fehlt der Gemeinde im Finanzhaushalt. Dieses Ärgernis muss aus möglichst schnell aus der Welt geschafft werden. Um dieses Ziel rasch zu erreichen, müssen die Gebergemeinden zusammen vorgehen und die Sache von verschiedenen Seiten angehen. Die Grüne/EVP teilt die Einschätzung des Gemeinderats, dass ein „Plan B“ notwendig ist. Die Mehrheitsverhältnisse, sowie die Interessenlage im Landrat und in den Nehmergemeinden bedingen dies. In Form der Gemeindeinitiative legt nun der Gemeinderat seinen Plan B vor. Man hofft, dass der relativ enge zeitliche Fahrplan eingehalten werden kann und die Mehrbelastung bereits im Jahr 2012 kein Thema mehr ist.

Die Grüne/EVP unterstützt den Gemeinderat und bedankt sich bei ihm und der Verwaltung für das grosse Engagement in diesem Geschäft.

FDP: Lucas Metzger: Die Gemeindeinitiative ist taktisch bestimmt der richtige Schachzug zum schnellen Erreichen des Ziels. Die Fraktion befürchtet allerdings, dass die involvierten Gemeinden im Landrat eine Trotzreaktion provozieren, da dieser unter Druck gesetzt wird. Angesichts der Dringlichkeit der Sache – immerhin geht es um 4 Steuerprozent oder jährliche Verluste in Millionenhöhe – wird der Gemeinderat in der Sache unterstützt.

Gemeinderat Mike Keller: Er bedankt sich für die wohlwollende Aufnahme des Geschäfts. Binningen hat sich in der Tat an forderster Front engagiert, weil es die Gemeinde in Zahlen ausgedrückt auch am meisten betrifft. Zusammen mit der Verwaltung will der Gemeinderat das Maximum für Binningen herausholen. Man ist auf einem guten Weg, doch lässt man es nicht bei dem lancierten Schreiben bewenden, sondern verfolgt weiter, wie es in den entsprechenden Kommissionen und später im Landrat aufgenommen wird. Man ist sich bewusst, dass hier und da noch Überzeugungsarbeit zu leisten ist um das Ziel zu erreichen. Dem Bericht kann entnommen werden, dass dies die kurz- bis

mittelfristige Massnahme ist. Die mittel- bis langfristige Überprüfung des Finanzausgleichs ist geregelt und der Kanton ist wie Binningen der Ansicht, dass nach zwei bis vier Jahren Auswertung und Vergleich der Daten ein reeller Verteilschlüssel ausgehandelt werden kann. Auch dafür wird sich der Gemeinderat engagieren. An dieser Stelle bedankt sich *Mike Keller* ganz herzlich beim Gemeindeverwalter *Olivier Kungler*. Er hat sich für die Sache auch in den entsprechenden Kommissionen sehr stark eingesetzt und so mitgeholfen, die Initiative rasch zu lancieren.

SVP: U.-P. Moos möchte wissen, ob die Beschwerde gegen den Bescheid des Regierungsrates, betreffend Zahlungen, zurückgezogen wurde, oder ob der juristische Weg trotz geringer Erfolgsaussichten weiter verfolgt wird.

Gemeinderat Mike Keller: Die Beschwerde ist eingefroren. Sie ist bis im Frühling sistiert, dann wird entschieden, ob sie aufrecht erhalten oder zurückgezogen wird. Man ist sich bewusst, dass die Gemeinde aus juristischer Sicht keine grossen Trümpfe in der Hand hat. Die Beschwerde ist eines der Druckmittel, das man vorläufig nicht aus der Hand geben möchte.

FDP: Markus A. Ziegler ist die folgende Feststellung sehr wichtig: Es geht nicht um den Egotrip einer Gemeinde. Vielmehr hat der Kanton mit dem neuen Finanzausgleich ein massives Eigentor geschossen. In Binningen bezahlt man 100% Kantons- und 46% Gemeindesteuer, also fliesst der grösste Teil der Binninger Steuerkraft an den Kanton. Wie *Markus Ziegler* bereits an der Budgetdebatte erwähnt hat, ziehen Leute, die Binningen aus steuerlichen Gründen verlassen, nicht in eine Gemeinde im hinteren Baselbiet, sondern in einen steuergünstigen Kanton. So verliert auch der Kanton den Steuerzahler. Die Initiative ist also nicht nur im Sinn der Einwohner von Binningen, sondern des ganzen Baselbiets. Es ist wichtig, dass die Gemeinden im Leimental und Birsigtal die attraktiven Steuersätze beibehalten können. Der Kanton profitiert davon in doppeltem Mass.

Vor der Abstimmung weist *Alex Achermann* auf den Initiativtext im Anhang III hin und macht deutlich, dass der Gemeinderat bei Annahme des Geschäfts ermächtigt wird, die Initiative auch wieder zurückzuziehen. Diese Verknüpfung geht aus dem Antrag nicht gleich hervor.

://: Der Antrag des Gemeinderats zur Lancierung der Gemeindeinitiative „Änderung Finanzausgleich wird einstimmig angenommen.

Markus Ziegler verlangt, dass das Abstimmungsergebnis (38 Ja-, 0 Nein-Stimmen, keine Enthaltungen) im Protokoll vermerkt wird.

Traktandum 7:

7. Bericht / Antrag der BPK vom 13.01.2011

Neubau Garderobengebäude Sportanlage Spiegelfeld

Geschäft Nr.120

Alex Achermann: Die Bau- und Planungskommission beantragt Rückweisung des Geschäfts.

Eintreten:

BPK: Willy Müller. Die BPK schätzt das grosse Engagement der Binninger Sportvereine, insbesondere in der Jugendbetreuung. Sie ist sich bewusst, dass Sanierungsbedarf besteht. Zunächst ein paar Kennzahlen:

Die Binninger Sportvereine zählen 690 Mitglieder, 330 davon sind Junioren. Jährlich werden über 1'000 Trainings und Spiele durchgeführt.

Der Sanierungsbedarf wird wie folgt deutlich gemacht:

Heute misst eine Umkleidekabine 11m². Eine heutige Mannschaft zählt nicht 11 sondern 18 Personen. Das bedeutet, dass die Hälfte der Spieler auf den Bänken sitzen kann, die andere Hälfte steht und wer die Schuhe schnüren will, muss den Raum verlassen, denn es ist kein Platz um sich zu bücken.

Die BPK will dazu beitragen, eine sachgerechte Lösung für alle Beteiligten zu finden. Damit sind die Einwohner als Steuerzahler, die Sportvereine als Benützer und die Gemeinde als Planerin und Betreiberin gemeint. Da es so viele Unklarheiten gibt, was eine optimale Umsetzung des neuen Garderobengebäudes (inklusive Schwingkeller) betrifft, hat die BPK mehrheitlich eine Rückweisung beschlossen.

Beurteilung der Vorlage 120 zum Gebäudekonzept:

Eine externe Machbarkeitsstudie kommt zum Schluss, dass das alte Gebäude, inklusive Vorplatz und Pergola, abgerissen werden und ein Neubau erstellt werden soll. Der Gemeinderat folgt der Empfehlung der Studie und sieht einen Neubau vor. Die BPK zweifelt an der Richtigkeit dieses Entscheids. Sie stellt fest, dass der Beton des Garderobengebäudes in einem guten Zustand und der Vorplatz mit Pergola erst zehn Jahre alt ist. Auf der Skizze in der Beilage kann man sehen, dass die Aufstockung des Clublokals auf der Tribüne ein gutes Gesamtkonzept ergäbe. Es ist klar, dass nur der Rohbau verwendet werden kann. Alles andere (Heizung, sanitäre Anlagen, Isolation etc.) muss neu erstellt werden. Ob nun alles neu gemacht oder die bestehende Anlage einbezogen werden soll, ist eine Kostenfrage, die von Fachleuten beantwortet werden muss.

Kosten:

Die veranschlagte Kostenschätzung von CHF 4 Millionen ist hoch und der Kubikmeterpreis von CHF 750.– ist zu senken. Die kubische Berechnung soll für ein zweigeschossiges Gebäude gemacht werden, was weniger Raumvolumen nach SIA ergibt. Mit diesen Massnahmen können die Kosten erheblich gesenkt werden.

Projektentwicklung:

Vorgesehen ist ein Architektenwettbewerb. Der Gewinner erhält den Zuschlag für das Vorprojekt, das Bauprojekt und die Ausschreibung. Bei dieser Art der Projektentwicklung liegt der Schwerpunkt auf der Gestaltung, weniger auf den Kosten, da man diese nur schätzen kann. Auf diese Weise ist ein teures Projekt vorprogrammiert. Die BPK möchte deshalb eine Projektorganisation vorgeben, in der die Kosten bereits in der Konzeptphase berücksichtigt werden. Bei der Auswahl des Verfahrens soll auch das regionale Gewerbe berücksichtigt werden.

Raumprogramm:

In der Vorlage sind separate Duschen, Garderoben, WC's für die Fussballer und Schwinger vorgesehen. Bei einer Anhörung der Präsidenten der diversen Vereine wurde aber bald klar, dass eine gemeinsame Nutzung Sinn macht. Den Gymnastikraum der Schwinger würden auch die Fussballer und Leichtathleten gerne benützen.

Finanzierung:

Bei der Investition stellt sich die Frage, ob die Bauherrschaft nicht an die Vereine übertragen werden kann, damit Beiträge von Dritten geltend gemacht werden können. Die BPK fragt sich auch, ob die Vereine Eigenleistungen erbringen können und wie hoch die künftigen Betriebskosten sind. Die Sauna, deren Erstellung in der Vorlage auf 1,5 Millionen geschätzt wird, soll laut BPK nicht mit dem Projekt Garderobengebäude gekoppelt werden.

Anträge der BPK an den Einwohnerrat:

1. Rückweisung des Geschäfts 120, Neubau Garderobengebäude Sportanlage Spiegelfeld.
2. Gebäudekonzept: Die neue Vorlage soll den Planern die Entscheidung überlassen, ob die Variante Neubau oder die Variante Einbezug des bestehenden Gebäudes inklusive Vorplatz und Pergola, ausgearbeitet wird.

3. Kosten: Der zur Kostenberechnung verwendete Kubikmeterpreis soll deutlich gesenkt werden und die kubische Berechnung für einen zweigeschossigen Bau vorgenommen werden.
4. Die BPK verlangt von Anfang an eine Kostenkontrolle mit grösstmöglicher Kostentransparenz. Bei der Wahl des Verfahrens ist auf den Einbezug des regionalen Gewerbes Rücksicht zu nehmen.
5. Das Raumprogramm soll unter Einbezug aller involvierten Sportvereine – inklusive Schwinger – neu erarbeitet werden. Es soll auf eine mögliche gemeinsame Nutzung der Räume wie Garderobe, Dusche, Toiletten, Krafraum, Clublokal etc. geachtet werden. Die allgemein und separat genutzten Flächen sollen spezifisch ausgewiesen werden.
6. Für die Finanzierung müssen folgende Möglichkeiten einbezogen werden: Subventionen (Beiträge des Lotteriefonds, Sportverbände), Kostenbeteiligung der Gemeinde Bottmingen (die keine eigene Infrastruktur Fussballplätze/Sportanlagen hat, weshalb 30–40 Junioren in Binningen trainieren), Eigenleistung durch die Sportvereine und Sponsoren.
7. Betriebskonzept: Die neue Vorlage soll die jährlichen Betriebskosten unter Einbezug der Abwärts- und Reinigungskosten aufzeigen.
8. Erstellung eines neuen Schwingkellers unter Berücksichtigung des optimierten Rauprogramms.

Abschliessend betont *Willy Müller*, dass die BPK mit dem Antrag auf Rückweisung nicht beabsichtigt, das Projekt abzulehnen. Die Rückweisung verlangt eine neue Vorlage an den Einwohnerrat, in welcher die Anträge berücksichtigt sind. Die BPK erhofft sich dadurch ein optimiertes Projekt mit deutlich niedrigeren Kosten und einer kürzeren Zeit für die Realisierung.

Der Präsident schlägt vor, zuerst grundsätzlich über die Rückweisung zu diskutieren und abzustimmen (Antrag 3.1). Falls die Rückweisung beschlossen wird, können anschliessend die einzelnen Anträge behandelt werden.

SP: Vreni Dubi hat bereits zu Beginn der Sitzung einen Antrag angemeldet. Sie ist über den Bericht der BPK erschüttert. Zum ersten Mal sieht sie einen Bericht, in dem nicht von Fachleuten sondern durch die BPK „gebaut“ wird. Nach ihrer Meinung ist es nicht die Aufgabe einer Kommission zu bauen, sondern dass sie allenfalls nachher kontrolliert oder vorher eingreift. Durch den Rückweisungsantrag der BPK verzögert sich das Geschäft, all die Detailanträge könnten direkt gestellt und somit sehr viel schneller gebaut werden. Sie kann nicht verstehen, dass dieses Geschäft auf die lange Bank geschoben werden soll, weil die BPK meint, sie habe bessere Ideen als die Fachleute. Da es erst ein Planungskredit ist, kann den Planern von vornherein gesagt werden, dass sie günstiger bauen sollen. Alle Anträge könnten bei den Planern direkt deponiert werden.

SVP: U.-P. Moos: Bei der Sportanlage Spiegelfeld herrscht schon seit Längerem Handlungsbedarf. Die SVP-Fraktion ist schon lange darüber erstaunt, dass der Gemeinderat konsequent andere, weniger dringliche Geschäfte (Beispiel Werkhof), diesem Geschäft vorzieht. Sie will nicht mehr akzeptieren, dass Binningen bei jedem Bauprojekt zu teuer und mit unerwarteten Mehrkosten baut. Aus diesem Grund ist die Rückweisung aus Sicht der SVP leider notwendig. Die Anträge der BPK werden einstimmig unterstützt und zusätzlich ein weiterer Antrag gestellt, der später erläutert wird. Zu *Vreni Dubi's* Äusserungen wird festgehalten, dass die Verzögerung des Geschäfts der Gemeinderat zu verantworten hat, der offensichtlich andere Prioritäten hat. Weiter befindet man die Arbeit und den Bericht der BPK als sehr solide. Die Sache wurde zum richtigen Zeitpunkt, beim Planungskredit, unter die Lupe genommen. Die BPK hat sich nicht als Architektin betätigt, sondern Varianten geprüft, aufgezeigt und mit Zahlen unterlegt.

FDP: Martin Bolleter: Die FDP-Fraktion unterstützt die BPK und ihre Anträge vollumfänglich. Das vom Gemeinderat vorgelegte Geschäft 120 weist einige Mängel auf. Insbesondere das Raumkonzept wird kritisiert. Ein Beispiel: Offenbar wurde mit den verschiedenen Sportvereinen einzeln gesprochen und die erwähnten Bedürfnisse einzeln berücksichtigt. Daraus folgte, dass quasi für jeden Verein eine separate Dusche geplant wird, anstatt zu bedenken, dass diese Räume gemeinsam benützt werden können.

Ein solches Projekt braucht als Ausgangsbasis eine gute Vorlage, in der von einigermaßen realistischen Annahmen und Zahlen ausgegangen wird. Das ist bei der jetzigen Vorlage nicht der Fall. Für

die BPK ist die Rückweisung die einzige Möglichkeit, ein Projekt rechtzeitig zu bremsen, das sonst voraussichtlich finanzielle Dimensionen annimmt, die politisch nicht durchsetzbar sind. Die FDP beantragt, den Anträgen der BPK zu folgen.

SP: Barbara Jost: Wie *Vreni Dubi* bereits erwähnt hat, befürwortet die SP den Planungskredit, damit dieses Projekt rasch realisiert werden kann. Für sie gibt es zu wenige Mängel für eine Rückweisung. Sie will die acht Anträge diskutieren und an den Planungskredit ganz klare Auflagen koppeln, die bei der Planung berücksichtigt werden sollen. Es werden einige der Anträge von der SP-Fraktion unterstützt.

Grüne/EVP: Rahel Bänziger betont, dass sich ihre Fraktion der Wichtigkeit und der Dringlichkeit dieser Vorlage bewusst ist und sie deshalb baldmöglichst eine rasche, konsensfähige und breit abgestützte Lösung anstrebt. Aus diesem Grund wird sie die Vorlage an den Gemeinderat zurückweisen und die meisten Anträge der BPK unterstützen. Die Vorlage überzeugt nicht, es wird vor allem ein stimmiges Raumkonzept vermisst, das bei einer besseren Absprache mit den beteiligten Sportvereinen hätte erarbeitet werden können. Bei den Beratungen in der BPK wurde klar, dass die einzelnen Vereine nicht genügend miteinbezogen wurden und sie sich untereinander auch kaum abgesprochen haben. Das ist der Hauptkritikpunkt. Bei einer zweiten Vorlage soll eine bessere Koordination der gemeinsam genutzten Räume erreicht werden. Nur so wird sichergestellt, dass die ausgearbeitete Lösung für alle befriedigend ist und ein harmonisches Miteinander unter einem Dach möglich wird.

Die Situation der Schwinger, die aus verschiedenen Gründen nicht in Oberwil trainieren können/wollen, hat im Bezug auf das gute Miteinander hellhörig gemacht. Im neuen Garderobengebäude soll es nicht zu solchen Konflikten kommen. Vor einiger Zeit wurde eine Motion überwiesen, die verlangt, dass die verschiedenen Varianten für das künftige Trainingslokal der Schwinger, sowie deren Kostenfolgen, abgeklärt und aufgelistet werden. Die Motion ist noch immer nicht beantwortet. Dieser Umstand ist für die Grüne/EVP unerklärlich, denn er hat die Diskussionen in der BPK unnötig erschwert. *Rahel Bänziger* meint, dass die politische Diskussion über das Resultat der erwähnten Motion im Einwohnerrat geführt werden muss, bevor das Projekt weiter geplant wird. Der Einwohnerrat entscheidet, wie geplant wird. Zum Thema Projektabwicklung fordert auch sie, dass das regionale Gewerbe berücksichtigt wird.

Zum Schluss gibt sie ihrer Hoffnung Ausdruck, dass mit den Anträgen der BPK ein Projekt realisiert werden kann, das überzeugt, begeistert, mach- und finanzierbar ist.

Anmerkungen zu *Vreni Dubi*: Ihre bisherigen Erfahrungen in der BPK haben *Rahel Bänziger* auch erschüttert. Häufig war es so, dass den durchaus guten Empfehlungen der Kommission nicht nachgegangen wurde. In den meisten Fällen wurden sie nicht berücksichtigt. Das hat sie gelehrt, dass der richtige Zeitpunkt für die Rückweisung eines Projekts beim Planungskredit ist. In diesem Moment können die Weichen noch gestellt werden und es kann für alle, die Bedenken haben, eine konsensfähige Lösung gefunden werden. Dieser Weg verzögert das Projekt nicht, sondern beschleunigt es.

CVP: Andrea Alt: Auch die CVP ist für die Rückweisung des Geschäfts. Nach eingehender Auseinandersetzung mit der Vorlage ist sie zum Schluss gekommen, dass ein Neubau nicht die einzige Variante ist. Die Sanierung und Erweiterung des bestehenden Gebäudes stellt für sie eine echte Alternative dar. Dass zwei Drittel der vorhandenen Fläche genutzt werden kann, hilft, die Kosten zu senken, was für die Fraktion Bedingung ist. Man will keine Luxuslösung sondern einen praktischen Bau. Das Raumkonzept muss unbedingt unter Einbezug der betroffenen Sportvereine neu erarbeitet werden. Die gemeinsame Nutzung von diversen Räumlichkeiten ist das Ziel.

Wichtig ist auch die Finanzierbarkeit. Es wird gefragt, ob die Möglichkeit besteht, die Bauherrschaft an die Sportvereine zu übergeben, damit Gelder von Dritten beantragt werden können. Weitere Fragen sind: Inwiefern beteiligen sich die Vereine finanziell und durch Eigenleistung am Projekt? Die CVP, die das Ganze ursprünglich lanciert hat, will keinesfalls Verhinderungspolitik betreiben. Ihrer Ansicht nach ist die Vorlage des Gemeinderats einfach noch nicht ausgereift und es fehlt die Prüfung von Alternativen. Die Fraktion unterstützt folglich den Rückweisungsantrag der BPK.

SVP: U.-P. Moos unterstützt das Votum von *Rahel Bänziger*. Es wurden regelmässig die Empfehlungen der BPK übergangen. Ausserdem bemerkt er, dass die Exekutive der SP, der Partei, die immerhin mit drei Mitgliedern im Gemeinderat vertreten ist, schon lange für das Vorantreiben des Projekts hätte sorgen können. Er empfindet es als scheinheilig, wenn sie sich heute als diejenigen darstellen, die mit dem Projekt vorwärts machen wollen.

Gemeinderat Bruno Gehrig: Das vorliegende Geschäft ist ein sehr dringliches, das für viele Kinder, Jugendliche und Erwachsene der Gemeinde wichtig ist. Es ist unschwer zu erkennen, dass dem Antrag der BPK auf Rückweisung entsprochen wird. Der Gemeinderat bedauert dies, da es für ihn nicht ganz nachvollziehbar ist. In den Beratungen in der Kommission hat der Redner mehrmals darum gebeten, die Vorlage nicht zurückzuweisen, sondern dem Planungskredit zuzustimmen. Er möchte auf ein paar Punkte hinweisen:

Der Gemeinderat liess durch ein qualifiziertes Büro eine Machbarkeitsstudie erstellen, deren Resultat von der BPK nicht akzeptiert wird. Jemand, der weder Detailkenntnisse des Gebäudes hat, noch den Zustand des Gebäudes kennt, hat andere Vorschläge eingebracht, die die BPK überzeugen. Dieses Vorgehen findet der Gemeinderat problematisch.

Kosten: Grundsätzlich muss mit dem Bruttoprinzip gerechnet werden. Es ist selbstverständlich, dass, wo immer möglich, Subventionen beantragt werden. Mit dem Landrat wurden diesbezüglich diverse Gespräche geführt und es besteht die Möglichkeit einer Erneuerung des Unterstützungsprogramms im 2012. Bei den kantonalen Subventionen geht es vor allem um die Frage, ob es eine regionale Anlage ist. (Es wird daran erinnert, dass die Regierung einem Rückkommen auf finanzielle Unterstützung von Bottmingen entsprochen hat, weil das betroffene Gartenbad Bottmingen eine regionale Anlage ist).

Für den Gemeinderat ist klar, dass wegen einer allfälligen Kostenbeteiligung mit der Nachbargemeinde Bottmingen gesprochen werden muss. *Bruno Gehrig* weist darauf hin, dass Bottmingen nicht kleinlich ist und einen beträchtlichen Beitrag an den Robispielplatz und das Jugendhaus leistet. Solange man nichts Konkretes über das Projekt weiss, kann auch noch nichts gefragt werden. Die Frage, ob die betroffenen Vereine sich beteiligen können, muss vorläufig offen gelassen werden. Man darf nicht vergessen, dass diese Vereine enorme, wertvolle Arbeit im Dienst der Jugendlichen und der Integration leisten. Allein der SC Binningen hat für die Junioren rund 50 Trainer und Mitarbeiter, die alle ehrenamtlich arbeiten und Binningen nichts kosten. Es ist auch noch zu erwähnen, dass der Sportclub ein Budget von CHF 250'000.– hat, eine Summe, die sicher nicht einfach zu generieren ist. Trotz allem will man mit den Vereinen sprechen.

Weitere Bemerkungen: Es besteht keine Absicht, die Sauna gleichzeitig zu erneuern, zumal die bestehende Sauna noch bis 2012 vermietet ist.

Der Gemeinderat kann sich durchaus vorstellen, dass das bestehende Gebäude in die weitere Planung miteinbezogen wird. Die Frage ist dann nur, ob der Planungskredit reicht.

Der Kubikpreis ist eine Annahme, damit mit einer Zahl gerechnet werden konnte. Das bedeutet nicht, dass diese Zahl dann auch zur Anwendung kommt.

Der vorgeschlagene Wettbewerb hatte auch zum Ziel, das örtliche Gewerbe zu berücksichtigen. *Bruno Gehrig* wehrt sich gegen den Vorwurf, der Gemeinderat habe das Raumprogramm nicht mit den Vereinen diskutiert. Das erste Gespräch fand bereits vor einem Jahr statt. Wenn die Vereine von der BPK einzeln nach ihren Bedürfnissen befragt werden, entsteht natürlich ein Wunschkatalog. Dabei ist ganz klar, dass die Garderoben und Duschen allen Benutzern dienen müssen.

Zur Motion, die zur Sprache kam: Diese Motion wurde vom Einwohnerrat an den Gemeinderat zum Vollzug überwiesen. Jetzt, da man im Rahmen dieser Motion einen Vorschlag macht, wird man gerügt, sie werde nicht beantwortet. Die Motion beinhaltet auch die zwei Fragen nach den Kosten von Oberwil und die Athletik-Kosten, die zu berücksichtigen sind. Die Vorlage ist ein Vorschlag im Rahmen der Motion. Wenn ihn der Einwohnerrat ablehnt, muss nach einer anderen Lösung gesucht werden.

Ein Betriebskonzept kann auch erst dann gemacht werden, wenn man weiss, was letztendlich gebaut wird.

Damit reduzieren sich die Begehren der BPK auf die eine Frage, ob das bestehende Gebäude in die Planung miteinbezogen wird. Alles andere hätte nach Meinung des Gemeinderats als Auflage in den Bericht der BPK aufgenommen werden können.

Alex Achermann erläutert nochmals das weitere Vorgehen und bittet, allfällige schriftliche Anträge zu den Aufträgen jetzt einzureichen, damit er sie vorlesen kann und man nachher genau weiss, worüber abgestimmt wird.

FDP: Markus A. Ziegler konstatiert, dass der Gemeinderat für dieses Geschäft keinen Rückhalt im Einwohnerrat hat. Er empfindet es als unfair, wenn jetzt das Zeitargument ins Spiel gebracht wird. Die Vorlage ist offensichtlich überdimensioniert und da sie gravierende Mängel enthält, ist eine Rückweisung durch den Einwohnerrat das einzig Richtige. Es ist auch politisch der einzig korrekte Weg, denn jetzt hat der Gemeinderat Anhaltspunkte um eine neue Vorlage auszuarbeiten. Der Gemeinderat wird eindringlich davor gewarnt, mit der Zeit-Karte zu spielen und dem Einwohnerrat den Schwarzen Peter zu geben. Man hat heute Abend von allen Seiten gehört, dass dieses Geschäft dringlich ist. Wenn es jetzt zurückgewiesen wird – was voraussichtlich mit einer Drei-Viertel-Mehrheit geschieht – heisst das für den Gemeinderat: vorwärts machen, damit man bald eine tragfähige und mehrheitsfähige Lösung hat.

Grüne/EVP: Rahel Bänziger betont, dass die Motion mit dieser Vorlage überhaupt nicht erfüllt ist. Die Motion ist ein klarer Auftrag an den Gemeinderat. Die Gestehungs- und Betriebskosten sollen einander bei den drei Varianten gegenübergestellt werden. Laut Geschäftsordnung muss eine Motion an der dritten Sitzung nach Einreichen behandelt werden. Diese Vorlage ist alles andere als eine Antwort auf eine Motion. Die Motion war ganz klar formuliert, sie ist nicht erfüllt. Nur ein Punkt der Motion könnte beantwortet werden, nämlich wie hoch die Kosten sind, wenn das Trainingslokal der Schwinger im neuen Garderobengebäude integriert wird. Die beiden anderen Forderungen der Motion sind die Grundlage, die es braucht um zu entscheiden, ob die Schwinger ins neue Garderobengebäude kommen oder nicht.

SVP: U.-P. Moos hat schon mehrmals die Erfahrung gemacht, dass man getadelt wird, wenn man etwas einbringt, das dem Gemeinderat nicht passt (Beispiel Behindertenlift beim Binninger Schloss). Nun stellt er fest, dass auch eine BPK getadelt und ihre Arbeitsweise in Frage gestellt wird. Er bittet den Gemeinderat, die Schweizer Gewaltentrennung zu respektieren und die Schlussfolgerungen der BPK zu einem Geschäft zu respektieren.

Zu den Kostenbeteiligungen der Gemeinde Bottmingen an den Robi und das Jugendhaus, fragt *U.-P. Moos*, wie lange es den Beitrag denn gibt.

Zu den Auflagen, die man laut *Bruno Gehrig* in den Bericht der BPK aufnehmen könnte, hat er Folgendes zu sagen: Beim Werkhof hat die BPK auch die Auflage gemacht, dass man mit 3'000–3500 m² Land auskommen soll, nachdem der Gemeinderat im ersten Bericht von 5'000 m² gesprochen hat. Was ist mit dieser Auflage passiert? In der zweiten Vorlage ging es dann sogar um 6'000 m².

FDP: Roger Moll: Die Kritik an der BPK lässt vermuten, dass sie sich nicht vertieft mit dem Projekt auseinandergesetzt hat. Die Unterlagen waren gut, darauf konnte man aufbauen. Es ist jedoch Pflicht und Schuldigkeit einer parlamentarischen Kommission, nach einer Optimierung zu suchen. Die Hauptanträge der BPK betreffen die Optimierung dieses Gebäudes. Es muss jeder/jedem der Anwesenden klar sein, dass zweigeschossig bauen erstens eine Optimierung der Räumlichkeiten und der Raumnützung bedeutet, was den Vereinen zugute kommt. Zweitens ergibt sich eine Optimierung, wenn der Neuanbau halb so lang wird, was sicher Kosten spart. Das Vertrauen der BPK in den Gemeinderat ist klein, weil die Aufträge, die der Einwohnerrat und die BPK in Zusammenhang mit dem Werkhof gutgeheissen haben, bis heute nicht erfüllt sind. Dieses fehlende Vertrauen ist der Hauptgrund, für den Antrag auf Rückweisung des Geschäfts. Man glaubt nicht mehr daran, dass der Gemeinderat Aufträge, die er vom Parlament und der Kommission erhält, auch wirklich erfüllt. Mit der Rückweisung zum jetzigen Zeitpunkt besteht Hoffnung, dass etwas Besseres ausgearbeitet wird; besser als die bisherige Grundlage mit Kosten von 4.5 Millionen.

Abstimmungen:

Mit 29 Ja, 7 Nein und 2 Enthaltungen wird beschlossen:

://: Der Rückweisungsantrag der BPK (Punkt 3.1) Neubau Garderobengebäude Sportanlage Spiegelfeld wird angenommen und das Geschäft geht an den Gemeinderat zurück.

Zu den Aufträgen der BPK hat *der Präsident* drei Änderungsanträge erhalten:

Zu Punkt 3.5, Antrag der SP

Zu Punkt 3.5, Ergänzungsantrag der SVP

Zu Punkt 3.6, Antrag der SP

Zu den Punkten 3.2, 3.3 und 3.4 gibt es weder Wortmeldungen noch Anträge. Damit werden sie stillschweigend als Teil des Gesamtbeschlusses betrachtet.

Änderungsantrag zu Punkt 3.5: Raumprogramm

Der erste Satz wird wie folgt geändert: Anstatt „Das Raumprogramm soll unter Einbezug aller involvierten Sportvereine (inkl. Schwinger) neu erarbeitet werden“ soll es neu heissen: „Das Raumprogramm soll optimiert werden.“

SP: Barbara Jost: Die SP erachtet die gewünschte Aussage als ausreichend. Der Rest („Dabei soll auf eine möglichst gute Koordination zwischen den Vereinen zu achten sein“) bleibt bestehen.

://: Der Antrag der SP wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Ergänzungsantrag zu Punkt 3.5 = Punkt 3.5bis:

„Das neue Raumprogramm soll von allen Vorständen der involvierten Sportvereine geprüft und per Unterschrift der Vereinspräsidenten gutgeheissen werden.“

SVP: U.-P. Moos: Wie von einigen Rednern bereits ausgeführt wurde, hat die Kommunikation mit den involvierten Sportvereinen nicht befriedigend funktioniert. Es soll ja etwas geplant und gebaut werden, das genau den Bedürfnissen der Sportvereine entspricht und mit dem sie am Schluss zufrieden sind. Mit der Ergänzung soll sichergestellt werden, dass eine seriöse Information stattgefunden hat und wirklich miteinander kommuniziert wurde. Ziel ist, dass die nächste Vorlage von den Vereinen unterstützt wird.

SP: Severin Brenneisen fragt, was denn passiert, wenn die Vereine nicht einverstanden sind.

SP: Vreni Dubi möchte wissen, welche Vereine konkret involviert sind.

Grüne/EVP: Rahel Bänziger findet den Zusatz unnötig. Das Geschäft wird sowieso nochmals in der BPK behandelt und bei etwelchen Bedenken, dass etwas nicht berücksichtigt wurde, hat man immer noch die Möglichkeit, mit den Betroffenen zu reden.

FDP: Markus A. Ziegler hat zwar Verständnis für das Anliegen, befürchtet aber, dass das Projekt damit in eine komische Situation manövriert wird. Es kann nicht sein, dass am Schluss Vereine darüber abstimmen, ob das Projekt zustande kommt. Dafür sind die Gremien da.

CVP: Silvia Bräutigam empfindet die Ergänzung als Misstrauensvotum, weil sie davon ausgeht, dass die Vereine involviert werden. Die CVP ist gegen den Zusatz.

U.-P. Moos: Der Zusatz soll sicherstellen, dass die Vereine einbezogen werden und es nicht nochmals zur gleichen Situation kommt. Die Formulierung kann sicher in diesem Sinne angepasst werden.

Zu *Vreni Dubi's* Fragen: Es geht um den Sportclub Binningen, die Leichtathleten und die Schwinger. Die Faustballer benützen das Garderobengebäude auch, haben aber keine Wünsche, ausser einem Schrank für ihre Gerätschaften.

://: Der Antrag der SVP wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Änderungsantrag zu Punkt 3.6:

Anstatt „Für die Finanzierung müssen folgende Möglichkeiten einbezogen werden....“ heisst es neu: „Für die Finanzierung sollen folgende Möglichkeiten geprüft werden.....“

SP: Barbara Jost: Die Formulierung ist zu hart, zu zwingend. Der erste Punkt (Subventionen) kann je nachdem nicht erfüllt werden, weil zum Beispiel der Kanton das Geld nicht hat, oder weil weder der SCB noch die Leichtathleten bereit sind, die Bauherrschaft zu übernehmen. Der SP ist wichtig, dass es geprüft wird, die unbedingte Forderung ist ihr aber zu starr.

Grüne/EVP: Peter Buess plädiert für Festhalten an der Formulierung. Man kann zwar nicht über den Lotteriefonds und die Sportvereine verfügen, aber man kann sie zumindest anfragen.

Abstimmungsergebnis: 22 Nein, 13 Ja und 3 Enthaltungen

://: Der Antrag der SP wird abgelehnt.

Zu den Punkten 3.7 und 3.8 gibt es keine Anträge und es wird auch kein Rückkommen beantragt.

Schlussabstimmung:

://: Den Aufträgen an den Gemeinderat wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Traktandum 8: Diverses

Gemeindepräsident Charles Simon: Bevor er die zwei Anfragen zur Werkhof-Abstimmung beantwortet, bringt er zwei, drei Bemerkungen an.

Der regierungsrätliche Entscheid zu den zwei Abstimmungsbeschwerden hat klar ausgedrückt, dass Regeln verletzt wurden. Der Gemeinderat sieht ein, dass er Fehler gemacht hat, betont aber, dass dies kein böser Wille war und er die Regeln nicht bewusst verletzt habe. Vielmehr habe man gar nicht gemerkt, dass Fehler passieren und es gilt jetzt, daraus Konsequenzen zu ziehen.

Im Binninger Anzeiger wurden verschiedene Artikel zum Werkhof veröffentlicht, weil der Gemeinderat darstellen wollte, dass er von diesem Projekt überzeugt ist. Der Einwohnerrat hat im März 2010 dem Werkhofprojekt und anfangs September dem Planungskredit grossmehrheitlich zugestimmt. In

diesem Sinne erachtete man es als gute Idee, dies im Binninger Anzeiger auch zum Ausdruck zu bringen.

Die Abstimmung wird am 27. März wiederholt. Man geht von einer hohen Stimmbeteiligung aus, weil sie gleichzeitig mit den Wahlen stattfindet.

Anfrage U.-P. Moos zur Behördenpropaganda im Binninger Anzeiger, Gesch. Nr. 139

Charles Simon: Zur ersten Frage, ob der gesamte Gemeinderat diese Behördenpropaganda gutgeheissen habe, antwortet er, dass selbstverständlich alle das Konzept dieser Artikelserie in zwei Beschlüssen gutgeheissen und sie auch inhaltlich so verabschiedet haben.

2. Frage: Wer hat die Artikel gegengelesen? Es wurde heute nochmals besprochen, dass keine Namen genannt werden, weil der Gesamtgemeinderat die Verantwortung trägt.

3. Die externen Kosten für die Texte belaufen sich auf CHF 4'160.–.

4. Keine interne Kosten.

5./6. Die fünf Artikel hätten als Inserat im Binninger Anzeiger publiziert gekostet:

18. 11.2010:	3'739 Zeichen	Inserat s/w: CHF 982.–	Inserat farbig: CHF 1'738.–
02.12.2010:	5'313 Zeichen	Inserat s/w: CHF 1'232.–	Inserat farbig: CHF 2'180.–
09.12.2010:	5'017 Zeichen	Inserat s/w: CHF 1'255.–	Inserat farbig: CHF 2'221.–
16.12.2010:	6'013 Zeichen	Inserat s/w: CHF 1'521.–	Inserat farbig: CHF 2'691.–
23.12.2010:	11'428 Zeichen	Inserat s/w: CHF 2'662.–	Inserat farbig: CHF 4'692.–

Alle Preisangaben exklusiv Mehrwertsteuer

Anfrage Grüne/EVP zur Abstimmung über den Planungskredit für den gemeinsamen Werkhof Bottmingen-Binningen vom 15./16. Januar 2011, Gesch. Nr. 138

Charles Simon: Die Gründe zur Ablehnung der beiden Anfragen der Grünen/EVP waren:

1. Der Gemeinderat hat beschlossen, kein Podium zu veranstalten, weil es erst eine Idee, ein Konzept für einen gemeinsamen Werkhof ist und man noch nicht viele Details hat, die man zeigen und diskutieren könnte. Der Gemeinderat wollte keine Veranstaltung im bestehenden Werkhof, weil man keine zusätzliche Unruhe beim Personal provozieren wollte und war der Meinung, die beschlossene Artikelserie im Binninger Anzeiger sei ausreichend.
2. Die Texte wurden extern in Auftrag gegeben, weil die Kommunikationsbeauftragte im Rahmen ihres 50%-Pensums nicht alles selber schreiben kann. Es ist üblich, dass immer wieder Aufträge extern vergeben werden.
3. Kosten für extern vergebenen Text: CHF 4'160.–.
4. Der Gemeinderat ist lernfähig, er wird in Zukunft also eher zurückhaltend sein was Wahlpropaganda betrifft. Auf jeden Fall wird auf die sachliche Ausgewogenheit der Texte geachtet werden.
5. Zur Frage, ob in auch Zukunft Gemeindeangestellte für Propaganda im Binninger Anzeiger eingespannt werden: Die Texte auf der Gemeindeseite des Binninger Anzeigers werden in der Regel von Gemeindeangestellten verfasst, ab und zu eben auch von Externen. Wie gesagt, wolle man, was Abstimmungen betrifft, in Zukunft sowieso zurückhaltender sein.
6. Auf der Gemeindeseite des Binninger Anzeigers ist normalerweise nicht vorgesehen, dass verschiedene Stellungnahmen publiziert werden. Der 6. Januar 2011 war da eine Ausnahme. Wenn es um Abstimmungen geht, hat die Gegenseite die probaten Mittel wie Leserbriefe, Inserate und Plakate zur Verfügung. Je nachdem hat die Gegenseite auch die Möglichkeit, in der Broschüre der Gemeinde zu Wort zu kommen, dazu gibt es Regeln.
7. Der Gemeinderat hat noch nicht darüber diskutiert, wie künftig allen Parteien ein angemessener Platz im Binninger Anzeiger zur Verfügung gestellt werden soll. Dazu wird er sich zu einem späteren Zeitpunkt äussern.

Der Gemeindepräsident weist darauf hin, dass diese zwei dringlichen Anfragen mit insgesamt 13 Fragen vom Freitagnachmittag bis Montagabend beantwortet werden mussten. Das war eine um-

fangreiche Recherchearbeit und kostete mehrere Manntage Arbeitszeit. Er bittet darum, in Zukunft Anfragen, die so viele Fragen beinhalten, als Interpellation einzureichen.

Anfrage U.-P. Moos zum Telebasel-Interview des Gemeindepräsidenten, Gesch. Nr. 140

Charles Simon: Zur ersten Frage, ob er den Paragraphen 6 des kantonalen Gesetzes über die politischen Rechte (SGS 120) kennt: § 6 sagt, dass der Gemeindepräsident die Aufsicht über das Wahlbüro hat, das stimmt. Im Absatz 4 steht allerdings, dass das Wahlbüro für die Überwachung der Stimmabgabe, die Kennzeichnung der Stimm- und Wahlzettel und die Ermittlung der Abstimmungs- und Wahlergebnisse zuständig ist. Wie man weiss, sind im Wahlbüro alle Einwohnerrats-Parteien vertreten, auch die SVP. Seit mehr als 15 Jahren war es Usus, dass bereits am Freitagabend die Couverts zwecks Vorsortierung geöffnet wurden. Das war ihm bekannt, das war den früheren Gemeindepräsidenten bekannt – alle, die dabei waren, wussten es.

Frage 2: Das Gesetz ist bekannt, das Gesetz wird befolgt. Es geht aber nicht um das Gesetz, sondern um eine Verordnung. Diese regierungsrätliche Verordnung lautete bis vor zwei Jahren anders. Nicht der Gemeindepräsident, sondern Mitglieder des Wahlbüros, durften die Wahlcouverts erst am Sonntag öffnen. Man wusste aber, dass diese Verordnung in den grossen Gemeinden nicht immer umsetzbar war, speziell bei grossen Abstimmungen mit vielen Vorlagen oder Landrats- oder Regierungsratswahlen. Auch in Binningen war das nicht möglich, weshalb bereits am Freitagabend mit den Vorbereitungen begonnen wurde. Gezählt wurde noch nicht und das Stimmgeheimnis war somit gewahrt. Dreivierteljahr nachdem ein Kläger aufgetreten war, hat sich *Charles Simon* mit anderen Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten beim Regierungsrat, der Landeskanzlei, dafür eingesetzt, dass diese Verordnung geändert wird. Am 1. September 2009 gab es eine neue Verordnung, die besagt, dass die Couverts bereits am Freitagabend geöffnet werden dürfen. Die bisherige Handhabung ist seitdem also legal. Die Umschläge und die Stimm- und Wahlzettel werden gesondert aufgeschichtet, es wird aber noch nicht gezählt. Laut Ziffer 5 der Verordnung darf mit der Auszählung erst am Sonntag begonnen werden, was bisher auch so gemacht wurde.

Mitteilungen des Gemeinderats:

Gemeinderätin Heidi Ernst: Wie der Einwohnerratspräsident bereits erwähnt hat, wurde der Investitionskredit für das Alters- und Pflegeheim mit grossem Mehr angenommen. Es ist ihr ein Anliegen, sich beim Einwohnerrat und der Bau- und Planungskommission für die jahrelange seriöse und kritische Arbeit zu bedanken, dank welcher es zu diesem guten Abstimmungsresultat kam. Es kann gesagt werden, dass alle Beteiligten ihre Hausaufgaben gut gelöst haben, was das Binninger Stimmvolk honoriert hat.

Präsident Alex Achermann gibt noch drei Termine bekannt:

Die nächste Einwohnerrats-Sitzung findet am Montag, 28. Februar 2011, 19.30 Uhr, statt; die nächste Büro-Sitzung am Freitag, 25. Februar 2011, um 08.00 Uhr.

Der Einwohnerrats-Ausflug findet am Samstag, 28. Mai 2011, ab 13.00 Uhr, statt.